

Inhalt

Vom Verhandeln in Paris zum Handeln in Sachsen	1/2
Höfe-Tour 2016	1
Editorial	2
Terrorverdächtiger Al-Bakr: Viele Fragen bleiben offen	3
Für Gerechtigkeit, Vielfalt und Ökologie: 200 GRÜNE Anträge zum Doppelhaushalt 2017/18	4/5
WLAN für Alle	6
Barrierefreie Bahnhöfe	
Naturschutzstationen in Sachsen: Unterstützung für die Artenvielfalt	
Landtag stärkt die Aufarbeitung der SED-Diktatur	7
Hochwasserschutz mit Weitsicht	
APO von Rechts	
Tierheimtour 2016	8
Termine	
Impressum	

Vom Verhandeln in Paris zum Handeln in Sachsen

Dresdner Schülerinnen und Schüler stellen auf dem GRÜNEN Klimakongress ihre Forderungen an die Verantwortlichen der internationalen Klimaverhandlungen vor

Auf dem 10. Sächsischen Klimakongress wandten sich die Schülerinnen und Schüler der Christlichen Schule Dresden direkt an die sächsischen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gesellschaft, um ihren Forderungskatalog vorzustellen.

Das Projekt ist in internationaler Zusammenarbeit mit französischen und marokkanischen Jugendlichen, dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) und dem Rasselbunde e.V. entstanden und beschäftigt sich mit den Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels.

Die Schülerinnen und Schüler haben zusammen zehn Forderungen an die Teilnehmenden der 22. UN-Klimakonferenz (COP 22) in Marrakesch entwickelt und sind in ihren Ländern unterwegs, um diese vorzustellen.

In vielen Aussagen der Jugendlichen zeigten sich auch langjährige Forderungen der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie eine nachhaltige Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion oder die Sensibilisierung der Gesellschaft für klimafreundliches Handeln und Leben.

Nach dem Vortrag von Prof. Dr. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klima-



Volkmar Zschocke, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN-Landtagsfraktion, und Anja Siegesmund, Umweltministerin in Thüringen

forschung stellten sie spontan die Frage, ob die Forderungen nicht noch härter formuliert werden müssten.

Der international angesehene Klimaforscher setzte sich damit auseinander, ob die Zielvorgaben auf nationaler Ebene überhaupt ausreichen, um den notwendigen Beitrag zu leisten. Sein Vortrag zeigte anhand der schon heute gravierenden Klimaveränderungen weltweit die Dringlichkeit schnellen und entschlossenen Handelns.

Aufeinander zugehen: Die Höfe-Tour 2016 mit dem Abgeordneten Wolfram Günther

Vom 30. September bis zum 14. November 2016 besuchte der agrarpolitische Sprecher der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Wolfram Günther, mehrere landwirtschaftliche Betriebe in Sachsen, um mit Landwirten über aktuelle Herausforderungen ins Gespräch zu kommen. Es fanden sich gemeinsame Positionen zu den Themen: Regionalisierung der Landwirtschaft, Forschung



über den Einsatz von Chemie und Sensibilisierung der Gesellschaft für regionale Lebensmittel. Für die Landwirte und Wolfram Günther war es wichtig, dass man aufeinander zugeht und so Verständnis für einander entwickelt, damit Probleme wie der Fachkräftemangel und gerechtere Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft gemeinsam gelöst werden können.

Liebe Leserin, lieber Leser,

als Elternzeitvertretung habe ich in turbulenten Zeiten die Stelle in der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angetreten. Einerseits prägten Meldungen über die gestiegene Terrorgefahr die tägliche Arbeit. Die angespannte Stimmung war in Dresden gerade vor den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit deutlich zu spüren. Doch das Thema ließ die sächsische Politik auch nach dem 3. Oktober nicht los. So verbirgt sich nun hinter dem Namen Al-Bakr der erste Terror-Verdächtige, der sich in einem sächsischen Gefängnis das Leben nehmen konnte – der Höhepunkt eines beispiellosen Versagens der Behörden in diesem Fall. Die GRÜNE Forderung nach einer Untersuchungskommission wurde erfüllt. Nun wird eine lückenlose Aufklärung der Blamage der CDU-geführten Ministerien erwartet.

Andererseits ging es um nichts weniger als die Finanzen für die Jahre 2017/2018 im Freistaat. Der Entwurf zum Doppelhaushalt von CDU und SPD hat viele Lücken offenbart, denen GRÜNE Änderungsanträge begegnen. Ein Kernstück ist die Personaloffensive, die in verschiedenen Bereichen wie Polizei und Justiz endlich wieder adäquate Besetzung fordert. Erste Reaktionen auf die Arbeit der GRÜNEN-Landtagsfraktion lassen sich bereits erkennen, auch wenn von der Regierung oft nicht mal die Hälfte der notwendigen Gelder eingeplant werden. Dabei ließe sich an der desaströsen Lage der Bildung in Sachsen beobachten, was passiert, wenn jahrelang für die gute Bilanz des Finanzministers gespart wird. Es muss verhindert werden, dass in der Zukunft Notfallpakete zur Regel werden. Gemeinsam mit den „klassischen grünen Themen“ gibt es für die GRÜNE-Landtagsfraktion also mehr als genug zu tun.



Die freien Tage um den Jahreswechsel eignen sich immer hervorragend, um Energie und Ideen für die vielen anstehenden Aufgaben zu sammeln. Im Namen der gesamten Fraktion wünsche ich Ihnen daher ein besinnliches Weihnachtsfest und einen kraftvollen Start ins neue Jahr.

Eric Heffenträger
Referent für politische Kommunikation
und Pressearbeit
eric.heffentraeger@slt.sachsen.de

Der Beschluss der Pariser Weltklimakonferenz von 2015 ist klar: Die Erhöhung der globalen Mitteltemperatur soll auf deutlich weniger als zwei Grad begrenzt werden. Die klimaschädlichen Emissionen müssen rasch und radikal gesenkt werden. Der Bundestag hat das Abkommen ratifiziert. Soweit das Ergebnis der Verhandlungen. Aber in Sachsen fehlt auf Landesebene das Handeln.

Der Vorsitzende der GRÜNEN-Landtagsfraktion Volkmar Zschocke warf der CDU/SPD-Regierungskoalition in Sachsen deshalb in seiner Eröffnung fehlenden politischen Willen vor, das Notwendige für den Klimaschutz zu tun. „Während die Mehrzahl der Bundesländer Klimaschutzgesetze verabschiedet hat oder daran arbeitet, verharrt die sächsische Staatsregierung untätig“, kritisierte Zschocke.

„Wer in Paris 'Ja' zum Klimaschutz sagt, ist regional zum Handeln verpflichtet“, so Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund (GRÜNE) in ihrem Vortrag über die Verantwortung der Bundesländer. „Die Länder und die Kommunen müssen einen Großteil der Maßnahmen umsetzen und nur wer Ziele definiert, kann sich auf den

Weg machen“, kündigte die Ministerin die baldige Verabschiedung eines Thüringer Klimaschutzgesetzes an.

Enttäuscht zeigte sie sich von der Politik

„Wir sind besorgt über die nur langsam voranschreitenden Klimaverhandlungen. Als zukünftige Generation wollen wir, dass unsere Stimme in der Klimadebatte gehört wird.“

Forderungspapier von Jugendlichen aus Deutschland, Frankreich und Marokko

der Bundesregierung: „Die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes 2016 bringt keinen Rückenwind für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Klimaschutzplan 2050 wurde weichgespült und der Klimaschutz in den Bereichen Wärme und Verkehr wird nicht entschlossen angegangen.“

Was die sogenannte „Decarbonisierung“ der Energiewirtschaft für unsere Stromnetze bedeutet, darüber sprach Dr. Frank Golletz vom Übertragungsnetzbetreiber 50HERTZ. Die technischen Herausforderungen seien groß, aber lösbar.

Dr. Gerd Lippold, energie- und klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN-Landtagsfraktion Sachsen, rundete die Einführungsreihe im Hörsaalzentrum der TU Dresden mit

seinem Vortrag zum Thema „Klimaschutz – Was in Sachsen jetzt passieren muss“ ab. „Ausreichender Klimaschutz ist mit einem Weiterbetrieb der Braunkohleverstromung auf heutigem Niveau nicht möglich. Selbst bei vollständiger Einsparung aller heutigen Emissionen aus Verkehr, Wärme und Landwirtschaft wären nicht einmal die national gesetzten Zielpfade in Sachsen erreichbar.“

In vier Diskussionsforen wurde am Nachmittag mit den rund 200 Teilnehmenden des Klimakongresses und den eingeladenen Expertinnen und Experten über konkrete Strategien in den Bereichen Tierhaltung, Ausbau der erneuerbaren Energien, städtischer Verkehr und Stadtentwicklung debattiert.

Weitere Informationen

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Sachsen“ (Drs 6/3024):

➔ <http://gruenlink.de/115>

Impressionen und Vorträge des 10. Sächsischen Klimakongresses 2016:

➔ <http://gruenlink.de/1aso>

Terrorverdächtiger Al-Bakr in Sachsen: Viele Fragen bleiben offen



Die Pannenserie der sächsischen Behörden wird von einer unabhängigen Untersuchungskommission aufgearbeitet

Am 8. Oktober 2016 versuchte die sächsische Polizei nach Hinweisen des Bundesamtes für Verfassungsschutz den Terrorverdächtigen Jaber Al-Bakr in Chemnitz festzunehmen. Er war dringend tatverdächtig, einen schweren Sprengstoffanschlag vorzubereiten. Die Festnahme scheiterte und gelang erst syrischen Landsleuten drei Tage später. Die der Polizei Sachsen unterlaufenen gravierenden Fehler wären heute wohl schon vergessen, hätte sich Al-Bakr nicht am 12. Oktober in der Justizvollzugsanstalt Leipzig das Leben genommen. So geriet die gesamte Pannenserie in den Fokus der Öffentlichkeit. Sie war unter anderem Thema einer Sondersitzung des Innenausschusses und des Verfassungs- und Rechtsausschusses des Sächsischen Landtags am 19. Oktober sowie der Plenarsitzung am 9. November.

Noch vor der Sondersitzung hatte die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag eingereicht, in dem sie konkrete Aufklärung zu den jeweiligen Vorgängen und die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Vorfälle und Fehleinschätzungen von sächsischen Behörden forderte. Ebenfalls noch vor der Sondersitzung erklärte Ministerpräsident

Stanislaw Tillich, dass er die Einsetzung einer solchen Untersuchungskommission begrüße. Sie erfolgte bereits am 18. Oktober.

Auch nach der fast sechsstündigen Sondersitzung der Ausschüsse, den weiteren Sitzungen, der Plenardebatte und gestellten Kleinen Anfragen besteht nach Auffassung der GRÜNEN-Fraktion erheblicher Aufklärungsbedarf. Insbesondere blieb unklar, warum die sächsischen Behörden nicht sofort zugegriffen, nachdem ihnen die Wohnanschrift des Terrorverdächtigen bekannt wurde, welche konkreten Kenntnisse die Polizei wann von welcher anderen Behörde erhalten hatte und wie viele Polizeibeamtete bei der versuchten Festnahme in Chemnitz vor Ort waren.

Wegen des Selbstmordes des Gefangenen, der bekanntermaßen ein Selbstmordattentat geplant hatte, stand nach wie vor die Frage im Raum, wie das in einem sächsischen Gefängnis passieren konnte. Warum wurde die akute Suizidgefahr nicht ernst genommen? Hätte eine Sitzwache vor der Zelle den Selbstmord verhindern können? Sebastian Gemkow ist als Justizminister für die Gesundheit der Gefangenen verant-

wortlich. Auch dafür, dass die Ermittlungen zu diesem geplanten Terroranschlag mit dem Tod des Verdächtigen einen herben Rückschlag erlitten haben und ihn nun auch kein gerichtliches Strafverfahren mehr zuteil kommen wird, trägt der Justizminister die Verantwortung. Er hätte die Konsequenzen daraus ziehen und zurücktreten müssen.

Von der eingesetzten unabhängigen Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Richters am Bundesverfassungsgericht Herbert Landau erwartet die Fraktion eine umfassende Analyse und Bewertung der Vorgänge. Das Ergebnis dieser Untersuchung und die Empfehlungen, wie solche gravierenden Fehler in Polizei und Justiz künftig vermieden werden können, müssen auch dem Landtag zur Verfügung gestellt und diskutiert werden. Dass sich Landau im Rahmen seiner Untersuchung auch mit den Oppositionsparteien des Landtages getroffen hat, ist jedenfalls ein guter Anfang.

Weitere Informationen

Mehr zum Thema „Terrorgefahr in Sachsen“ findet sich auf unseren Themenseiten zu Justiz:

➔ <http://gruenlink.de/havk>

und Innenpolitik:

➔ <http://gruenlink.de/havl>

Für Gerechtigkeit, Vielfalt und Ökologie: 200 GRÜNE Anträge zum Doppelhaushalt 2017/18

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ihre politischen Forderungen mit circa 200 Änderungsanträgen mit einem Umverteilungswert von etwa einer Milliarde Euro für den Doppelhaushalt 2017/18 untersetzt.

Die Anträge wurden in verschiedenen Ausschüssen mit den anderen Fraktionen beraten.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hätte mit ihrem Haushalt nicht mehr Geld ausgeben, als in der Vorlage der Staatsregierung angeordnet war. Das Geld wurde nur so verteilt, dass es tatsächlich Wirkung entfalten kann. Mit den Änderungsanträgen kämpften die GRÜNEN für eine gerechtere, vielfältigere und ökologischere Gesellschaft. Nichts Geringeres ist der Anspruch der parlamentarischen Arbeit der Fraktion.

Die Änderungsanträge waren ein Angebot an die Staatsregierung, wie es funktionieren könnte. Es gab keinen Vorschlag anderer Fraktionen im Landtag, der umfassender war. Er würde ermöglichen, sich um kluge Köpfe und gute Leute zu bewerben. Gemeint ist damit vor allem die „GRÜNE Personaloffensive“, die auf Grundlage von profunden Berechnungen die Lücken hätte schließen können, die im Personalbereich insbesondere bei Lehrkräften, Polizei und öffentlicher Verwaltung nach wie vor klaffen. Die GRÜNE-Landtagsfraktion forderte damit die Schaffung von 1.365 neuen Stellen und die Streichung von 443 Vermerken für Stellen, die laut Haushaltsentwurf der Staatsregierung künftig wegfallen sollen.

Mit den GRÜNEN Maßnahmen hätten in den kommenden beiden Jahren über 1.800 Stellen mit qualifizierten jungen Leuten besetzt werden können. Auch nach 2018 kann der Generationenwechsel nur mit Hilfe von festen Neueinstellungskorridoren gemeistert werden.

Die Förderung der Naturschutzmaßnahmen war ebenfalls GRÜNE Kernforderung. Auch in diesem Doppelhaushalt kommt der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen zu kurz. So ist die Förderung der Naturschutzstationen ein Herzensanliegen und eine Reaktion auf deren dramatische Lage.

Gleiche Chancen für alle

Damit in Sachsen der soziale Frieden (wieder) möglich wird, brachten die GRÜNEN auch hierzu eine Vielzahl an Anträgen ein. Es ging vor allem darum, Benachteiligungen abzubauen. Und zwar mit dem Anspruch, dass eine Gesellschaft vielfältig ist und alle Menschen gut miteinander leben. Neben dem Willen des Einzelnen braucht es gezielte Maßnahmen, um dieses Miteinander zu fördern und dafür zu sorgen, dass keiner auf der Strecke bleibt. Herkunft, Familienhintergrund, Alter und Geschlecht sollten keine Barrieren dafür sein, dass alle in der Gesellschaft die gleichen Chancen haben.

In den nächsten zwei Jahren wird zum Beispiel die Integration von Geflüchteten eine der großen Aufgaben sein. Da Integration vor Ort geschieht, ist es der GRÜNEN-Landtagsfraktion wichtig, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Über Änderungsanträge wollten die GRÜNEN erreichen, dass für Beratung und Sozialarbeit vor Ort ausreichend Mittel zur Verfügung

stehen und diese Leistungen auch vor Ort adäquat angeboten werden können.

Mehr Geld für Hochschulen

Besonderes Augenmerk legten die GRÜNEN weiterhin auf den Hochschulbereich. Hier sollte die Grundausrüstung aller Hochschulen aufgestockt werden. Den Konkurrenzkampf der Hochschulen über sogenannte Leistungsbudgets weiter zu befeuern, lehnt die Fraktion ab. In der Kulturförderung hat die GRÜNE-Landtagsfraktion 14,2 Millionen Euro mehr beantragt, um mehr Vielfalt zu fördern und die Kulturräume deutlich zu stärken.

ÖPNV stärken

Im Verkehrsbereich wurde neben Radverkehr und Lärmschutz auch ein Schwerpunkt auf die Regionalisierungsmittel gelegt. Die Fraktion wollte hier erreichen, dass mindestens 90 Prozent der gesamten vom Bund überwiesenen bzw. aus Rückzahlungen verfügbaren Regionalisierungsmittel direkt an die Zweckverbände weitergegeben werden, um eine bessere Finanzierung des ÖPNV zu gewährleisten. Mit den restlichen zehn Prozent hätte die Staatsregierung sowohl ein Programm für den barrierefreien Bahnhofsumbau auf den Weg bringen, als auch dem Bund eine Mitfinanzierung anbieten können, um die Chancen der Elektrifizierung der Strecken Dresden–Görlitz sowie Chemnitz–Leipzig zu erhöhen.

Weitere Informationen

Wir (er)klären den Haushalt mit Infografiken: <http://gruenlink.de/1avt>



Der Haushaltsentwurf: Bestandswahrung statt notwendige Veränderungen

Der Entwurf der Staatsregierung, auf dessen Basis die GRÜNE-Landtagsfraktion die Änderungsanträge aufgestellt hat, zeichnete sich in großen Teilen durch Bestandswahrung aus – vorsätzlich und wider besseren Wissens!

Viele Zahlen wurden einfach nur fortgeschrieben, ohne das von Seiten der Staatsregierung geprüft wurde, ob diese Ansätze noch inhaltlich tragbar sind. Das alles, obwohl Studien zur Personalentwicklung, zur Wirkung von Investitionen und zur Situation der Kommunen vorliegen. Dennoch fanden sich im Haushaltsentwurf keine geeigneten Schritte, um die negativen Entwicklungen im Freistaat aufzuhalten.

Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Steuerschätzung mit stabilen Steuereinnahmen wäre es möglich, die großen Herausforderungen in Sachsen anzugehen. Doch anstatt das Geld dafür zu nutzen, werden immer wieder große Beträge in einen Zukunftssicherungsfonds geschoben. Damit steht das Geld für das Land nicht zur Verfügung.

Die GRÜNEN Anträge haben den Finger in die Wunde gelegt und verschiedene Wege aufgezeigt, wie die Problemzonen angegangen werden können.

WLAN für Alle

Freifunk fördern und
Bürgernetze stärken

Eine Digitale Offensive wurde zu Beginn dieser Legislatur angekündigt und viel Geld in die entsprechenden Haushaltstitel gesteckt. Auch der Ausbau kostenloser WLAN-Hotspots sollte ein Schwerpunkt sein. Aber anstatt Programme aufzulegen, die allen Menschen in Sachsen einen kostenlosen Zugang zum Internet ermöglichen, beabsichtigt die Staatsregierung vorrangig den Ausbau kostenloser Hotspots in touristisch relevanten Regionen zu fördern. Das ergibt für die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keinen Sinn. Zudem wurden 2016 gerade mal in zwei sächsischen Gemeinden kostenlose öffentliche WLAN-Hotspots eingerichtet.

Die sächsische Staatsregierung sollte endlich die Potentiale von Freifunk erkennen. Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordrhein-Westfalen machen es uns bereits vor. Dabei geht es selten um viel Geld, sondern vielmehr um Aufklärung und um Orte, an denen Freifunk-Router aufgestellt werden können. Auch in Sachsen gibt es bereits eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Ausbau von Freifunk engagieren. Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte sie unterstützen und neben einem kostenlosen Internetzugang auch das Entwicklungspotential von bürgerschaftlichem Engagement durch Freifunk fördern. Freifunk-Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur Medienbildung und sollten auch deshalb durch den Gesetzgeber gefördert werden.



Foto: Boris Niehaus (JUST) - Own work, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=30758945>

Die GRÜNE-Landtagsfraktion setzte sich in den Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2017/2018 mit Änderungsanträgen im Bereich Ausbau der digitalen Infrastruktur für eine Förderung von Freifunk durch den Freistaat Sachsen ein.

Barrierefreie Bahnhöfe

Bundesmittel gehen an Sachsen fast vollständig vorbei

Stufen sind für viele Menschen ein großes Hindernis. Seit diesem Jahr gibt es deshalb das vom Bund und den Ländern finanzierte Modernisierungsprogramm für den barrierefreien Umbau von bundesweit 108 Bahnhöfen mit täglich weniger als 1.000 Reisenden. In den ersten zwei Jahren stehen 80 Mio. Euro zur Verfügung, den Rest zahlen die Länder selbst. In Sachsen werden jedoch nur die Bahnhöfe Großröhrsdorf (Lkr. Bautzen) und Neugersdorf (Lkr. Görlitz) in das Bundesprogramm aufgenommen, obwohl hier insgesamt 103 Bahnhöfe und Haltepunkte nicht barrierefrei sind. Jeder vierte sächsische Bahnhof ist nicht stufenfrei zugänglich.

Die Herstellung der Barrierefreiheit von Bahnhöfen ist zwar Aufgabe des Betreibers DB Station & Service AG. Länder wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Baden-Württemberg haben jedoch eigene Förderprogramme aufgelegt, um Anreize zu schaffen.



Foto: Fotostudio Stadthaus

Die GRÜNE-Landtagsfraktion will das Schnecken tempo des barrierefreien Umbaus beschleunigen und hat deshalb einen Änderungsantrag zur Erhöhung der ÖPNV-Investitionen in die Haushaltsverhandlungen eingebracht, der unter anderem ein Förderprogramm für barrierefreien Ausbau ermöglichen soll.

Naturschutzstationen in Sachsen: Unterstützung für die Artenvielfalt

Naturschutzarbeit dient dem Erhalt der Artenvielfalt. Dazu gehören praktische Schritte wie das Management und die Betreuung von Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten, Schutzmaßnahmen für geschützte Tier- und Pflanzenarten, Öffentlichkeitsarbeit, die Unterstützung des ehrenamtlichen Naturschutzdienstes sowie die Umweltbildung. An grenznahen Standorten werden außerdem naturschutzfachliche Kooperationen mit den Nachbarländern durchgeführt.

Die Naturschutzstationen in Sachsen leisten zu allem einen unverzichtbaren Beitrag, jedoch unter völlig unterschiedlichen Bedingungen und verschiedenen finanziellen Voraussetzungen. Bisher versuchen sie sich aus Projektmitteln, Mitgliedsbeiträgen, Spenden, wirtschaftlicher Tätigkeit, Zuwendungen von Kommunen oder Nutzungsentgelten zu finanzieren. Das bedeutet nur kurzfristige Planungssicherheit und reicht selten, um Fachkräfte langfristig halten zu können.

Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt des Freistaats sind jährlich 500.000 Euro für die Unterstützung von Aufgaben bestehender „Sächsischer Naturschutzstationen“ in Landkreisen/kreisfreien Städte enthalten. Damit wäre die Einrichtung neuer Naturschutzstationen ausgeschlossen, obwohl hier große Lücken bestehen. Vor allem fehlt es aber noch an der Festlegung von Zielen und Qualitätsstandards. Nicht zuletzt reicht das geplante Geld nur für sehr wenige Stationen, was zum Ziel eines landesweiten Netzes im Widerspruch steht.

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher, dass zuallererst konkrete Anforderungen und Ziele bestimmt werden. In Abstimmung mit den Akteurinnen und Akteuren soll der Freistaat ein Aufgabenprofil sowie ein Verfahren der Vergabe definieren. Maßgabe muss der Erhalt der biologischen Vielfalt bezogen auf Arten und Lebensräume sein. Aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion ist eine Grundausstattung von jeweils zwei Personalstellen plus Sachmittel anzustreben.

Landtag stärkt die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die längst überfällige Anpassung des Sächsischen Landesbeauftragtengesetzes für die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit gefordert. Nun ist es auf Grundlage eines GRÜNEN-Gesetzentwurfs gemeinsam mit CDU und SPD in einem seltenen Fall der Kooperation gelungen, die Änderungen zu verabschieden.

Der Fokus des 1992 verabschiedeten Gesetzes lag in der Offenlegung der bis dahin verdeckten Arbeit des Staatssicherheits-

dienstes und setzte damit auch Grenzen. 26 Jahre nach der Wiedervereinigung braucht es einen Blick über die Grenzen der Stasi hinaus, um das Ausmaß systematischen Unrechts kenntlich zu machen. Der Landesbeauftragte soll nicht mehr nur die Tätigkeit der Stasi aufarbeiten, sondern auch das bereits vor ihrer Entstehung in der Sowjetischen Besatzungszone begangene Unrecht. Ziel dieser Arbeit ist nach wie vor die Beratung und Unterstützung von damals politisch Verfolgten. Das Wissen um demokratiefeindliche Mechanismen muss bewahrt werden.

Darüber hinaus sollen die Auswirkungen der Diktatur auf das Alltagsleben der Menschen veranschaulicht werden, damit sich die Menschen in Sachsen mit ihrer eigenen erlebten Geschichte in der Arbeit des Landesbeauftragten wiederfinden. Der Fokus soll aber insbesondere auch auf die Opposition und den Widerstand gerichtet werden, damit im Rahmen der politischen Bildung deutlich werden kann, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind. Der Landesbeauftragte ist nunmehr ein organisatorisch und in der Themenwahl unabhängiger Bestandteil des Landtags.

Hochwasserschutz mit Weitsicht

Den Flüssen endlich mehr Raum geben

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im September 2016 einen umfassenden Antrag ins Parlament eingebracht, der ein sachsenweites Konzept für die Schaffung von Überschwemmungsflächen an sächsischen Gewässern fordert.

Zudem wird in dem Antrag gefordert, die Wasseraufnahmefähigkeit der Böden in Sachsen in der Fläche zu erhöhen. Vorgesprochen wird, dass eine Null-Neuversegerungsrate in Sachsen als verbindliches Ziel bis zum Jahr 2025 festgeschrieben wird.

Der technische Hochwasserschutz, also der Ausbau von Deichen, Mauern und Beton, ist leider nach wie vor das Maß der Dinge für CDU und SPD im Freistaat. Diese Maßnahmen machen aus natürlichen Hochwasserereignissen erst Katastrophen, denn Überflutungsflächen werden abgetrennt, das Wasser wird dadurch eingeschnürt und erreicht immer höhere Geschwindigkeiten.

Kontrollierte Überflutungsflächen sind wesentlich effektiver in der Reduzierung von Hochwasserschäden. Das Wasser hat auf ausgewählten unbebauten Flächen Platz zum Abfließen und Versickern, anstatt mit konzentrierter Kraft noch mehr Schäden anzurichten. Trotz dieses Wissens wurden seit der großen Flut 2002 nur 0,4 Prozent der bis heute in Sachsen für den Hochwasserschutz verwendeten 2,4 Milliarden Euro für die Schaffung von Überschwemmungsflächen

und damit für die Ursachenbekämpfung eingesetzt.

Aufgrund dieses Schneckentempos bei der Realisierung von Überflutungsflächen sind erst sieben Maßnahmen mit 260 Hektar Überflutungsflächen realisiert worden. In der Reaktion auf die Flut 2002 waren einstmals 49 Deichrückverlegungen und Polder mit 7.500 Hektar geplant. Lediglich eine weitere Maßnahme ist aktuell im Bau.

Deshalb fordert die GRÜNE-Fraktion jährlich 10 Mio. Euro aus dem reichlich ausgestatteten Topf für technischen Hochwasserschutz für Deichrückverlegungen, den dafür nötigen Flächenankauf und für Ausgleichszahlungen für zeitweilig flutgeschädigte Landwirte abzuweichen. Wenn großzügige Ausgleichszahlungen für Ertragsausfälle im Überschwemmungszeitraum bezahlt werden, ist dies für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um ein Vielfaches billiger als der einseitige Fokus auf technischen Hochwasserschutz und die Beseitigung der Folgeschäden von Überschwemmungen.

Weitere Informationen

Antrag „Ökologischen Hochwasserschutz in Sachsen stärken – deutlich mehr Überschwemmungsflächen an sächsischen Gewässern schaffen“:

<http://gruenlink.de/1aw3>

Studie

APO von Rechts

Die islam- und fremdenfeindliche Organisation Pegida kämpft mit der Drohgebärde einer vermeintlichen „Islamisierung“ gegen die Zukunft Deutschlands als Einwanderungsland. Zeitgleich steigen die Angriffe auf Asylunterkünfte seit 2015 enorm. Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte aus diesem Anlass das Kulturbüro Sachsen e.V. beauftragt, die Zusammenhänge zwischen den Pegida-Demonstrationen, der Zunahme der asylfeindlichen Demonstrationen in Sachsen und dem drastischen Anstieg rechtsmotivierter Gewalt seit Herbst 2014 zu untersuchen.

Am 19.10.2016 wurden die Ergebnisse im Landtag erstmalig der Öffentlichkeit präsentiert. Danilo Starosta vom Kulturbüro zeigte auf, dass Pegida nicht aus dem Nichts kam, sondern sozialwissenschaftliche Studien bereits seit langer Zeit eine hohe Zustimmung für die von Pegida vertretenen Positionen in der sächsischen Bevölkerung verzeichnen – nicht nur aus dem Themenbereich Asyl. Pegida muss daher als Kanalisierung von bestehenden Meinungen und Einstellungen verstanden werden.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zur Studie und Veranstaltung gibt es hier:

<http://gruenlink.de/1apc>

Termine

GRÜNE Hochschultour

Die Abgeordnete Dr. Claudia Maicher möchte gemeinsam mit Studierendenvertretungen und Hochschulleitungen die GRÜNEN Ideen für eine Modernisierung des sächsischen Hochschulgesetzes diskutieren.

11. Januar 2017, Leipzig
23. Januar 2017, Freiberg
24. Januar 2017, Mittweida
26. Januar 2017, Dresden
6. Februar 2017, Leipzig
März 2017, Chemnitz
März 2017, Zwickau



GRÜNE Hochschultour 2015

Plenarsitzungen

1. und 2. Februar 2017
15. und 16. März 2017

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangaben finden Sie unter: www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Publikationen



Bestellen

Die Mini-Broschüre „Darum GRÜN – GRÜNE Ziele für Sachsen“ und Kurzflyer zu den Themen Bahnverkehr, Radverkehr, Personaloffensive, Umweltschutz, Wildbienen, Hochwasserschutz, Denkmalschutz, Naturschutzstationen können per E-Mail bestellt werden:

publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00
Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.),
Andreas Jahnel-Bastet

Tierheimtour: Der Besuch vor Ort als Problemanalyse



Volkmar Zschocke mit einer Mitarbeiterin der Wildtier-auffangstation in Dresden und der Waschbär-Dame, die als Maskottchen der Stadtentwässerung fungiert

Tierheime werden selten auskömmlich finanziert. Neben Spenden und kommunalen Mitteln können die Einrichtungen auch Landesfördermittel nutzen. Im August und September begab sich der Vorsitzende der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volkmar Zschocke, auf Tour, um mit Blick auf die Haushaltsverhandlungen zu prüfen, was für eine bessere Finanzierung von Seiten des Freistaates getan werden muss.

Er besuchte die Wildvogelauffangstation Dresden, den Gnadenhof Lossa und in die Tierheime Dresden, Ostrau und Langenberg.

Es zeigte sich, dass aufgrund steigender Kosten und nicht ausreichender Mittelzuweisung die Einrichtungen zum Teil in ihrer Existenz bedroht sind. Ohne ehrenamtliche Kräfte wäre die Arbeit unmöglich. Zudem wurden bürokratische Hürden beklagt, beispielsweise etwa um Behandlungskosten für kranke Tiere gefördert zu bekommen.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion forderte deshalb bei den Haushaltsverhandlungen eine Erhöhung der Zuschüsse für Tierheime um 520.000 Euro, damit die notwendige Förderung von Personalkosten ermöglicht wird.